

Organisatorische Maßnahmen zur Risikobegrenzung im Ganztagschulbetrieb in der Corona-Krise

Prof. Dr. Thomas Breyer-Mayländer, Beate Ritter

Die Corona-Krise ist eine Herausforderung für das föderale Schulsystem als Ganzes, aber vor allem auch eine riesige Organisations- und Kommunikationsaufgabe für die Verantwortlichen in den Schulen vor Ort (vgl. auch: Breyer-Mayländer 2020b). Es ist abzusehen, dass die künftigen Herausforderungen für die Organisation und Kommunikation an Ganztagschulen erheblich bleiben werden. Daher lohnt sich ein Blick auf die wesentlichen Anforderungen an die Planung und Organisation des Schulalltags an Ganztagschulen. Durch nachvollziehbare und begründete Regelungen und eine vorsichtige, aber präzise Wortwahl kann man allein bei der Schulkommunikation zur allgemeinen Corona-Krise bereits sehr viel zur Beruhigung von Eltern, Kollegium, Schülerschaft und Öffentlichkeit beitragen und dennoch sehr klar Botschaften platzieren. Dies ist notwendig, wenn es beispielsweise darum geht, die Grundregeln des nun erforderlichen Verhaltens nochmals ganz klar darzustellen und als gemeinsame Aufgabe aller zu verankern, sodass auch kein Hin- und Herschieben der Verantwortung möglich ist. Proaktive Planungen und vorausschauende, vorbereitete Kommunikationsmaßnahmen sind auch künftig erforderlich, da die Einmaligkeit der Krise bedeutet, dass die gesamten Systeme eigentlich mit ihren Entscheidungen nur „auf Sicht“ fahren können.

Krisen- und Sicherheitsmanagement an Schulen

Die Corona-Krise stellt die Gesellschaft vor die Herausforderung, dass man einerseits die Kurve der Ausbreitung der Viruserkrankung flach halten muss, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Hierfür waren im Rahmen der ersten Welle u. a. die Schulschließungen ein Mittel, um eine Verbreitung durch die Gruppe der meist symptomfreien oder symptomarmen Kinder und Jugendlichen zu unterbrechen und damit die gesamte Ausbreitungsdynamik einzudämmen. Der Wunsch das normale gesellschaftliche Leben wieder zu ermöglichen (Kinder in der Schule, Eltern bei der Arbeit) hat während der Phase ohne Präsenzbetrieb alle in den Schulen verwirklichten Konzepte in einen ständigen Rechtfertigungsdruck gegenüber den Eltern und der Gesellschaft gebracht. Insbesondere der gewohnte Ganztagsbetrieb, der neben den pädagogischen Wirkungen auch traditionell sicherstellt, dass die Kinder im Sinne einer Betreuung versorgt sind, war und ist hier von Bedeutung.

Warum gehört diese Diskussion nun unter die Zwischenüberschrift „Krisen- und Sicherheitsmanagement an Schulen“? Eine Aufnahme eines wie auch immer ausgestalteten Schulbetriebs in Zeiten einer Pandemie bedeutet automatisch ein Krankheits- und Infektionsrisiko für alle Schulseitigen. Und selbst wenn man davon ausgeht, dass es bei den Kindern und Jugendlichen nur wenige Risikogruppen gibt, die beispielsweise aufgrund von Vorerkrankungen identifiziert und unter einen gesonderten Schutz gestellt werden können, bleibt das Risiko für die in den Schulbetrieb eingebundenen Erwachsenen. Dies gilt unabhängig von der Frage, wie der Gelehrtenstreit der Virologen und Pandemieexperten in Bezug auf die Ansteckungsgefahr von Kindern und Jugendlichen fortgeführt wird. Für den Laien ist es ohnehin nicht nachvollziehbar, ob die im Juni 2020 in Israel dokumentierten Negativerfahrungen mit Schulöffnungen (vgl. Rojkov 2020) maßgeblich sind, oder der Befund, dass Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter eine um rund 50 Prozent reduzierte Wahrscheinlichkeit zur Bildung von Antikörpern aufweisen (vgl. Stoldt 2020), woraus die Politik auf Bundes- und Landesebene eine geringere Ansteckungsgefahr abgeleitet hatte.

Im Fall von akuten Krisen ist es eine Frage des Krisenmanagements der Leitung und der verantwortlichen Personen aus dem Kollegium und/oder von Seiten des Schulträgers, wie man mit der Situation (z. B. einem akuten Infektionsfall) umgeht, wie man Abhilfe schafft und wen man noch konsultieren muss (z. B. die Gesundheitsbehörden). Im Fall der geplanten Wiederaufnahme des Schulbetriebs gehört es jedoch zu den regulären Aufgaben einer Schule den Schulbetrieb unter den Vorgaben eines planmäßigen Sicherheitsmanagements zu betreiben. Hierfür gibt es die Sicherheitsbeauftragten der Schulen, deren Aufgabenstellung bspw. in Baden-Württemberg wie folgt beschrieben wird:

Sicherheit im Schulalltag

„Sicherheitsbeauftragte unterstützen und beraten die Schulleiterinnen und Schulleiter bei ihren Aufgaben. An Besichtigungen, Begehungen, Unfalluntersuchungen sollen sie beteiligt werden bzw. es sind ihnen auf Verlangen Ergebnisse der Besichtigungen, Begehungen und Unfalluntersuchungen zur Kenntnis zu geben. Darüber hinaus wirken sie in freiwilligen Arbeitskreisen mit.

Sie haben keine Verpflichtung zu organisatorischen oder anderen Tätigkeiten im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz und tragen in diesem Bereich im Gegensatz zu den Funktionsträgern keine Verantwortung.

Gegenüber den Lehrkräften einer Schule haben sie keine Weisungsbefugnis. Die Schulleiterin bzw. der Schulleiter unterstützt die Sicherheitsbeauftragten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.“

Dies macht nochmals deutlich, dass sowohl Leitung als auch Kollegium einen Anspruch auf gesundheitlichen Schutz haben und es eine Leitungsaufgabe darstellt, diesen Schutz sicherzustellen. Hier kollidieren bereits direkt unterschiedliche interne und externe Interessen in Bezug auf Ausgestaltung und Aufrechterhaltung des Schulbetriebs trotz hoher Infektionsraten mit den Schulbedürfnissen.

Diese Bedürfnisse gilt es organisatorisch und kommunikativ unter einen Hut zu bringen. Eine Schulleitung, die den Gesundheitsschutz verantwortet und ernst nimmt, wird kaum ohne besondere organisatorische Maßnahmen einem „normalen Schulbetrieb“ zustimmen können.

Präventive Organisation

Wenn es darum geht einen pädagogisch sinnvollen Schulalltag zu gestalten und gleichzeitig den Anforderungen des „Physical Distancing“ gerecht zu werden, gibt es eine Reihe von Varianten, wie bereits organisatorisch im Vorfeld der Veranstaltungen und des Präsenzunterrichts das Risiko begrenzt werden kann, das Infektionsgeschehen zu verstärken. Die hier zentrale Maßnahme ist typischerweise die Gruppenaufteilung um einerseits die Zahl der Schüler*innen pro Gruppe zu begrenzen und somit das Abstandsgebot im Klassenzimmer einhalten zu können und andererseits im Falle von Infektionen und Infektionsketten das Klumpenrisiko zu begrenzen. Daher ist insbesondere im Kontext von Ganztagschule auch nach der Reduzierung bzw. dem Wegfall des Abstandsgebots in Schulen, wie es für den Start in das Schuljahr 2020/2021 maßgeblich war (vgl. Bundesregierung und Bundesländer bei der MPK am 17.06.2020), eine zentrale Aufgabe über die Begrenzung von Gruppendurchmischungen nachzudenken und gleichzeitig die gewünschte Flexibilität bei den Angeboten beizubehalten.

Es geht zum einen um die Frage, wie ein halbwegs passendes Ganztagsangebot, beispielsweise im AG-Bereich, aufrechterhalten werden kann, ohne dass die im Klassenverband organisierten Gruppen neu zusammengewürfelt werden und damit neue Infektionsrisiken entstehen, die auch auf der Ebene der Quarantäne als Vorsorgemaßnahme Folgeprobleme auslösen würden. Es geht zum anderen um das Auflösen der typischen Durchmischungsszenarien, wie sie für den Schulbetrieb typisch sind. Das sind der nach Geschlechtern getrennte Sportunterricht und der nach Konfessionen getrennte

Religionsunterricht, der zudem meist durch Gruppen ergänzt wird, die Ethik und andere Unterrichtsfächer gemeinsam wahrnehmen. Die Durchmischung sollte im Rahmen der Organisationsplanung ebenso vermieden werden wie klassen- oder gar schulübergreifende Kurse in der gymnasialen Oberstufe. Eine zielorientierte Planung bewahrt Schulleitungen davor, diese Themen angesichts höherer Infektionsraten kurzfristige neu zu planen.

Weder können Schulen im Alltagsbetrieb den Abstand von mindestens 1,5 bis 2 Meter durchgehend gewährleisten noch funktioniert eine derartige Anforderung mit den räumlichen und zeitlichen Gegebenheiten, wenn es bei Vollausslastung im Regelbetrieb etwa um die Ankunft im Schulgebäude, das Hinausgehen auf den Pausenhof oder gar um die Schulmensa geht. Dass die Einhaltung des „Physical Distancing“ auch inhaltlich schwerfällt, zeigen die vielen missglückten Metaphern politischer Akteure der vergangenen Wochen und Monate, wenn etwa gefordert wird, „wir müssen daher enger zusammenstehen, um diese Krise zu bewältigen“ und anschließend mit einer Grafik das „Social Distancing“ erklärt wird. Es zeigt sich somit die Tendenz zu einer organisatorischen und kommunikativen Überforderung der Schulen, die jedoch durch gezielte Maßnahmen begrenzt werden kann.

Vorausschauende Planung von Organisation und Kommunikation

- Welche Themen bezogen auf Schule prägen die Diskussion in Politik und Gesellschaft im Kontext der Corona-Pandemie (Schließung, Prüfungen, Abschlussfeiern, Sonderveranstaltungen, Wiederaufnahme des Unterrichtsgeschehens, Aufteilung von Gruppen für Social Distancing)?
- Welche Anforderungen stellen die Themen und potenziellen Herausforderungen an die Schulorganisation?
- Wie sieht der Zeitrahmen der Entscheidungen aus und was wird an wen kommuniziert werden (müssen)?
- Wer übernimmt welche Aufgabe in Leitungsteam und Kollegium?
- Mit welchen Instanzen und Akteuren muss sich die Schule abstimmen (Schulträger, Gesundheitsamt etc.)?
- Zu welchen Themen lassen sich bereits jetzt Mailentwürfe und „Dark Sites“ vorbereiten?
- Ist sichergestellt, dass die organisatorischen Planungen auch zu den Anforderungen des Gesundheitsschutzes und den individuellen Vereinbarungen mit den Sicherheitsbeauftragten der Schule passen?

Hygienekonzept vor Ort

Im Rahmen der Umsetzung der jeweiligen Corona Verordnungen für Schulen stellt das schulische Hygienekonzept die Basis dar, die für einen möglichst gelingenden Schulbetrieb „unter Pandemiebedingungen“ geschaffen werden musste. Im Frühjahr waren in der Zeit der Schulschließungen die Schulleitungen zunächst meist auf sich allein gestellt, sich dazu Gedanken zu machen, was es denn bräuchte, wenn die Öffnung der Schulen wieder bevorstünde. Ein Hygienekonzept ist in der Regel kein Programmpunkt auf der in Normalzeiten bestehenden langen Agenda von Schulleitungen.

Hier galt und gilt es also das Gespräch mit den Zuständigen des Schulträgers zu suchen und gemeinsam zu planen, wie das jeweilige Hygienekonzept aussehen und so rasch wie möglich umgesetzt werden kann. Es gibt aber auch immer wieder Szenarien, in denen seitens des Schulträgers wenig Unterstützung erfolgt und so müssen Schulleitungen und ihre Teams auch selbst für eine entsprechende Umsetzung sorgen.

Wilder Aktionismus war also von Anfang an nicht gefragt, die Konzeption für die Hygienemaßnahmen wollte wohl überlegt sein. So war es notwendig und das einzige Sinnvolle, nach einem ausgedehnten Brainstorming einen detaillierten Projektplan zu erstellen, um alle Aspekte zu berücksichtigen.

Bei der Umsetzung war es dann vom jeweiligen Schulbudget abhängig, wie umfangreich die Ausstattung ausfiel. Wer es seinem Schulträger überlassen wollte oder musste, musste dann eben auch die vielleicht knapp kalkulierte Ausstattung seitens der Kommune in Kauf nehmen. Auf der anderen Seite gibt es Schulen, die mehrere tausend Euro ihres Budgets für die umfassende Hygieneausstattung gerne ausgaben, um den größtmöglichen Schutz für alle im Alltag gewährleisten zu können.

Häufig waren und sind die notwendigen Hygieneartikel nicht gerade von heute auf morgen lieferbar, so waren etwa Desinfektionsspender im Frühjahr absolute Mangelware und zudem sündhaft teuer. Wer Glück hatte, konnte mit einem engagierten Apotheker vor Ort kooperieren oder hatte weitere Verbindungen, die die Hygieneausstattung der Schule unterstützten. Hier hätte man sich, zum Beispiel in Baden-Württemberg, gewünscht, dass sich der Städtetag und das Kultusministerium frühzeitig um einen planvollen Ausstattungsmodus der Schulen landesweit gekümmert hätten. So wurde entgegen jeglicher Synergiegedanken in jeder Schule, in jeder Kommune neu überlegt, neu bestellt und auf Lieferungen gewartet...

Manch eine Schulleitung war auch bereit das Hygienekonzept so umfassend zu denken, dass auch z.B. tatsächlich in jedem Raum Flächen- und Handdesinfektionsmittel verfügbar sind, dass nicht nur an der Eingangstür ein Desinfektionsspender steht, dass in jedem Raum

ein CO₂-Gerät mit einer Ampelfunktion das regelmäßige Lüften ins Bewusstsein rückt, um nur einige Eckpfeiler eines guten Konzepts zu nennen. Darüber hinaus mussten die Wege im Schulhaus neu gedacht und beschildert werden, Zimmer umgeräumt, die WC-Anlagen mit Wartebereich und Pausenhofbereiche neu definiert werden.

Die Projektplanung ist das eine, die Umsetzung das andere. Und dazu gehörte natürlich auch die entsprechende Einweisung aller, die täglich die Schule besuchen. So war es notwendig, und dies immer wieder, sämtliche Schüler*innen in die neuen Regelungen einzuweisen und die Händehygiene beim Händewaschen, das Desinfizieren und Lüften regelmäßig einzuüben und immer wieder ins Bewusstsein zu holen.

Dies wiederum setzte voraus, dass das Kollegium entsprechend gebrieft wurde und alle dieselbe verantwortungsvolle Einstellung zum Thema zeigen.

Es hilft das beste Ausstattungskonzept nichts, wenn die Anwender nicht dahinterstehen.

Vor allem im Bereich der Mensa und der Mittagspause kam auf Ganztagschulen die größte Herausforderung in Sachen Hygieneregeln zu.

Wie kann gewährleistet werden, dass beim Mittagessen alles hygienisch einwandfrei abläuft? Dass die Kinder mit genügend Abstand am Tisch sitzen können, dass sich keine Stufen vermischen, dass die Gruppen konstant bleiben, dass die Sitzplätze nach Gebrauch jeweils immer desinfiziert werden, dass sich auch keine Warteschlange an der Essensausgabe bildet und für eine Durchmischung sorgt – all diese Fragen mussten sinnvoll beantwortet und die Umsetzung alltagstauglich vorangebracht werden.

Alles in allem eine sehr herausfordernde logistische Angelegenheit – und da war dann noch lange kein Konzept für Fernunterricht in Sicht, keine entsprechende Unterrichtsentwicklung im Gange, und ein Medienentwicklungsplan sollte ja schließlich auch noch entstehen, um für die eventuelle nächste Schulschließung in diesem Winter gewappnet zu sein.

Akzeptanz vor Ort

Wer Vorschriften im Schulalltag verändert, muss auch dafür sorgen, dass sie bekannt sind und eingehalten werden. Dies ist an Ganztagschulen ohnehin eine Erfahrung, die über die Jahre hinweg sowohl der Schule als Institution und Organisation, aber auch dem Kollegium vertraut ist. Leitbilder und Schulordnungen, die sowohl Lern- als auch Entspannungsphasen umfassen und gleichermaßen abbilden, erfordern ein gutes Gespür bei der Definition der zentralen Inhalte sowie bei der Umsetzung und Kontrolle im Schulalltag.

Bei den Hygienekonzepten im Zusammenhang mit Covid-19 geht es bei der Überwachung und Hilfestellung in Sachen Regeleinhaltung nicht einmal in erster Linie um den bei Kindern

und Jugendlichen typischen Versuch, die Grenzen auszutesten und eine besondere Coolness zu beweisen indem man Regeln ignoriert. Es geht in vielen Bereichen ja um eine Abkehr von gewohntem Verhalten, was Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unterschiedlicher Altersklassen gleichermaßen schwerfällt. Der Bedarf an Unterstützung ist daher besonders groß. Dies ist im Regelfall personalintensiv und – aufgrund der Beschränkungen zur Einbeziehung externer Partner – kaum im normalen Ganztagsbetrieb einer Schule zu lösen. Hinzu kommen noch zahlreiche Mitglieder der Regelkollegien, die selbst nicht vor Ort an der Schule eingesetzt werden können, da sie selbst oder Angehörige als Risikogruppe gelten und schutzbedürftig sind.

Umso mehr kommt den Kolleg*innen vor Ort von Seiten der Lehrerschaft und des pädagogischen und Verwaltungspersonals eine große Bedeutung zu. Nicht nur die Kommunikation im Konfliktfall, sondern vor allem das persönliche Vorbild bei der Einhaltung der neuen Spielregeln sind hier entscheidend. Wenn außerhalb der Klassenräume ein Mund-Nasen-Schutz zu tragen ist, dann gilt das für alle. Selbst für Asthmatiker gibt es beispielsweise Masken, die einen Schutz der anderen gewährleisten und dennoch eine gute Luftzufuhr gestatten.

Ob generell die organisatorischen Maßnahmen an Ganztagschulen auf Akzeptanz der Kernzielgruppen (siehe unten) stoßen, hängt jedoch auch entscheidend von Rahmenbedingungen ab, die nicht von Seiten der Schulen beeinflusst werden können.

Akzeptanz von Einschränkungen in Abhängigkeit von:

a) Wahrnehmbarem Infektionsgeschehen

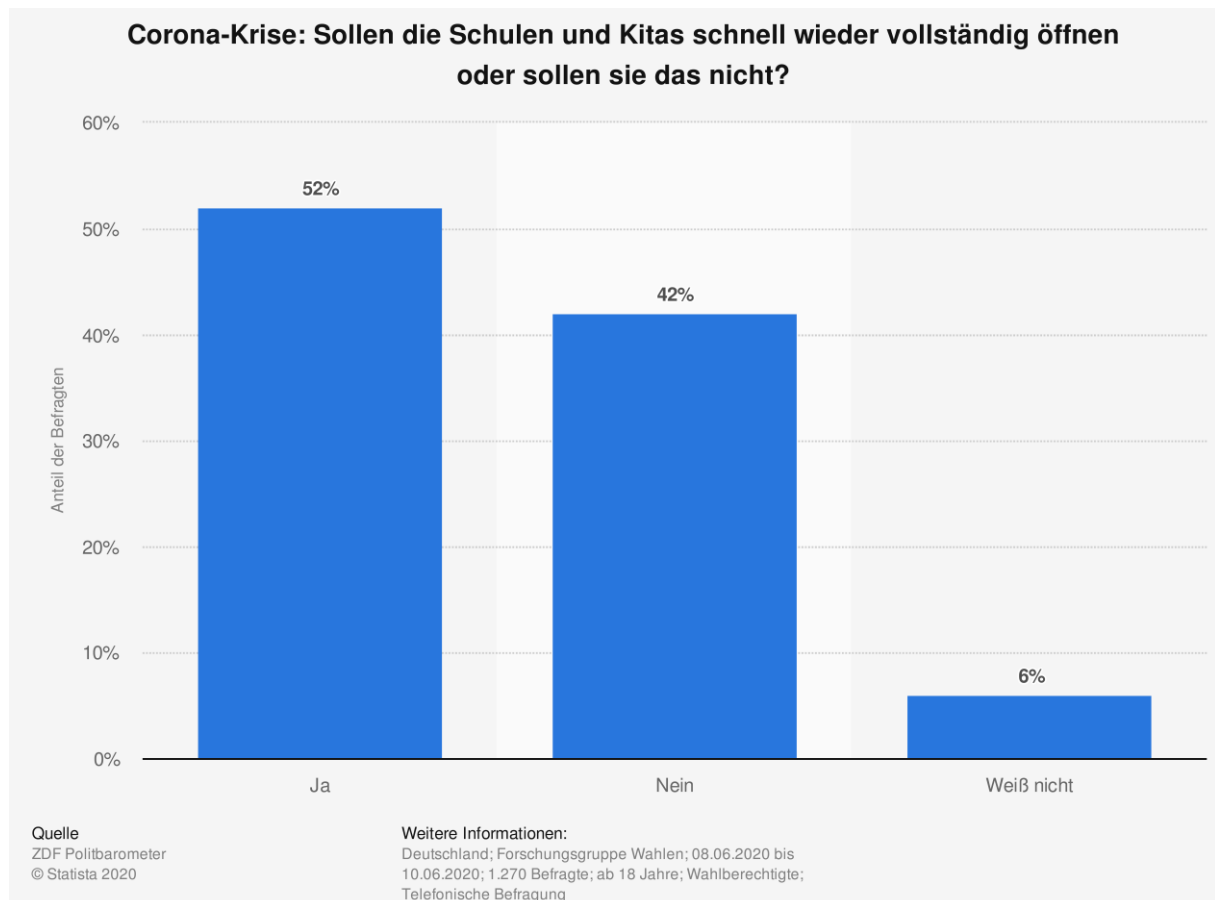
Wenn die Berichterstattung über Infektionen den Rezipienten nahelegt, dass es sich um ein vergleichsweise kleines, begrenztes und harmloses Phänomen handelt, dann ist es schwierig, organisatorische und praktische Einschränkungen vorzunehmen, die von dem gewohnten Muster und dem erwarteten Ablauf von Schule, Unterricht und Ganztagsbetrieb abweichen. Da die gesellschaftliche und politische Motivation zur Einführung, Erweiterung und Stärkung von Ganztagsangeboten stets auch den Blickwinkel der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit beinhaltet, ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass ein rein digitales Unterrichtsgeschehen ohne besondere Unterstützung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen aus problematischen Umfeldern wenig Akzeptanz findet. Hier muss auch während der Phasen der vordergründigen Beruhigung, in denen allgemeiner Präsenzunterricht möglich ist, der Ausbau von Unterstützungsangeboten weiter geplant und vorbereitet werden damit in der nächsten Phase des reduzierten Präsenzunterrichts auch hier Formen der Individualisierung und Differenzierung der Angebote möglich sind.

b) Forderungen von Interessengruppen

Akzeptanz spiegelt letztlich auch immer die Erfüllung der Erwartungen einzelner Zielgruppen wider. Wenn nun Zielgruppen-Cluster zugleich als politische und gesellschaftliche Interessengruppen auftreten, wird dieser Effekt noch verstärkt, weshalb sich hier eine kurze Differenzierung lohnt.

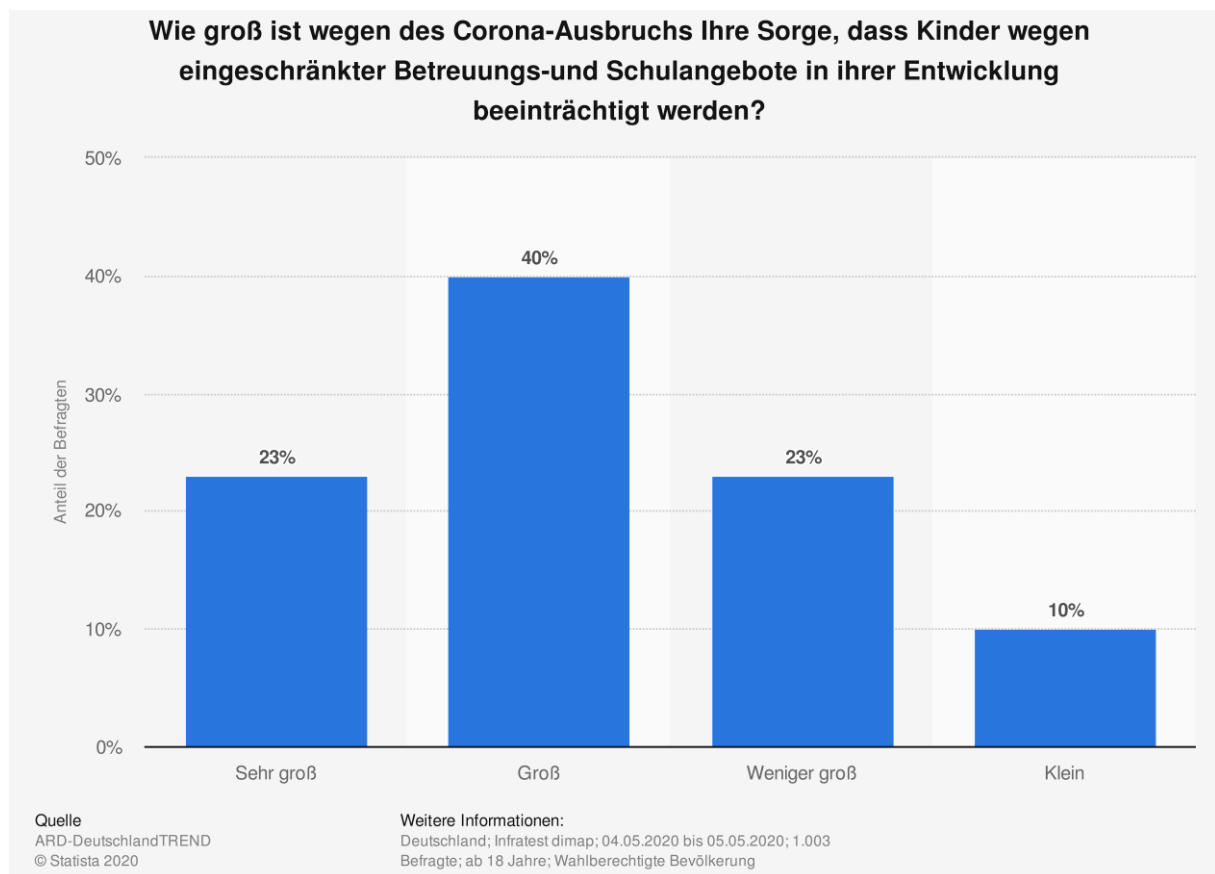
Eltern:

Die Interessenslage der Eltern ist trotz gegenteiliger Wahrnehmung durch die Politik keineswegs homogen. Zum einen wurde im Frühjahr 2020 sehr früh der Wunsch nach umfassender Beschulung und Betreuung artikuliert, um die Kinder und Jugendlichen nicht weiter als „Störfaktor des Betriebsauflaufs“ im Homeoffice und Familienalltag betreuen zu müssen. Zugleich gibt es jedoch auch Eltern die Bedenken haben, dass auf einer mageren empirischen Basis angenommen wird, dass Kinder und auch Jugendliche weniger ansteckungsgefährdet seien. Sie fürchten um die Gesundheit ihrer Kinder und im zweiten Schritt um die Ansteckungsgefahr durch ihre eigenen Kinder.



Quelle: Statista auf Basis der Daten von: ZDF-Politbarometer vom 12. Juni 2020, Bild 7/33

Der dritte Aspekt, der mit dem ersten verbunden ist, sind die Befürchtungen, dass lange Zeiten ohne Präsenzunterricht den Kindern in ihrer Bildungsbiografie und damit auch ihrem Lebenserfolg schaden könnten. In diesem Zusammenhang sind Berichte von und über Experten von besonderer Bedeutung. Wenn der deutsche Bildungsökonom Ludger Wößmann folgende Folgekosten der coronabedingten Schließungen formuliert, führt das zu einem Aufschrei bei Schulschließungen: „Grob gesprochen zeigt die bildungsökonomische Forschung, dass jedes Schuljahr an zusätzlichem Lernen das Lebenseinkommen im Durchschnitt um rund 10% erhöht. Dementsprechend würde beispielsweise ein Unterrichtsausfall, der einem Drittel eines Schuljahres an verlorenem Lernen entspricht, das spätere Erwerbseinkommen der betroffenen Schüler*innen um rund 3-4% verringern“ (Wößmann 2020, S. 5).

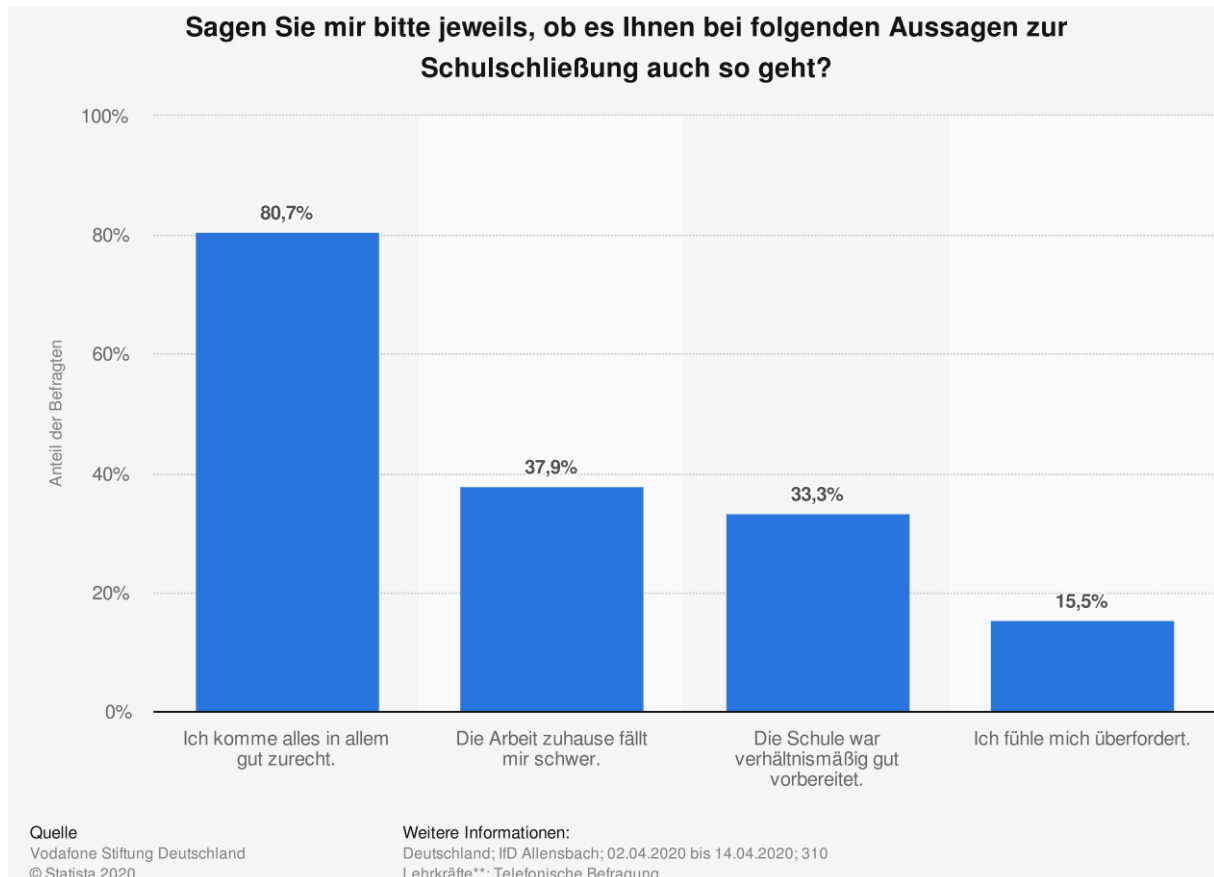


Quelle: Statista auf Basis der Daten aus: ARD-DeutschlandTREND Mai 2020, Seite 18

Lehrerverbände:

Lehrer*innen sind mehrfach von der Corona-Situation betroffen. Sie haben im Frühjahr 2020 ihren Arbeitsrhythmus umstellen und anpassen müssen und es ging sehr früh auch um die

Frage, ob man gesundheitlich in der Lage ist, Unterricht vor Ort in der Schule durchzuführen. Hier müssen die Organisations- und Hygienekonzepte dem Bedürfnis der Lehrerschaft nach Schutz und Erhalt ihrer Gesundheit Rechnung tragen. Der Verweis auf geringere Ansteckungswahrscheinlichkeiten, die zudem noch recht vage beschrieben und quantifiziert werden können, reicht hier nicht aus.

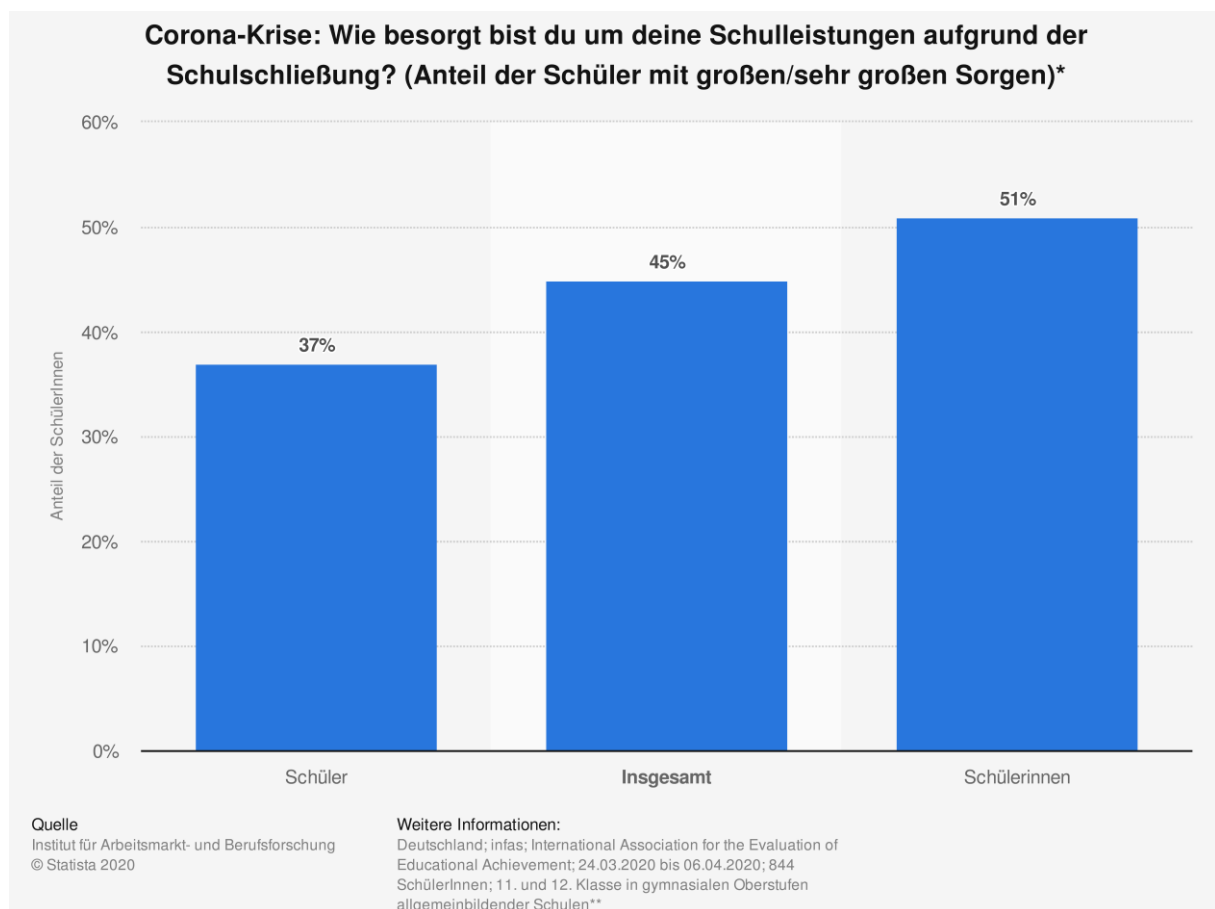


Quelle: Statista mit Daten aus: Vodafone Stiftung: Schule auf Distanz. Perspektiven und Empfehlungen für den neuen Schulalltag. Eine repräsentative Befragung von Lehrkräften in Deutschland, Mai 2020, Seite 9

Schüler*innen:

Bei einigen Analysen kommen die Schüler*innen selbst, die eigentlich die Kernzielgruppe der schulischen Maßnahmen sein sollten, eher sehr kurz weg. Schüler*innen wünschen sich den Austausch mit Lehrenden und Gleichaltrigen und einen funktionsfähigen Unterricht mit entsprechenden Lernfortschritten. Letzteres wird vor allem bei den Jugendlichen spür- und messbar, die kurz vor ihrem Abschluss stehen. Die Schlussfolgerung, die viele Verantwortliche in der Politik ziehen, ist ein Wunsch nach Normalität i. S. des Präsenzunterrichts. Dies kann jedoch auch eine falsche Schlussfolgerung sein, da der Wunsch nach Sicherheit in einer eher unsicheren Zeit eher für Formate mit eingeschränkter

Präsenz spricht und zudem einige der oben genannten Ziele auch ohne Präsenz erreicht werden können.



Quelle: Statista mit Daten aus: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)
Erhebung durch ifas; International Association for the Evaluation of Educational
Achievement: Berufliche Orientierung: Berufs- und Studienwahl (BerO) 2020

c) Reaktionsmustern der Politik

Die Ebene der Politik versucht leider aus dem Sach- und Fachthema der Pandemie und des Krisenmanagements mitunter ein politisch-taktisches Thema zu machen. Wenn es Mitte Juni 2020 zunächst einen Beschluss gibt, der den vollen Regelunterricht für alle zum neuen Schuljahr 2020/2021 zum Ziel hat und Tage später einzelne Regierungschefs dieses Ziel als unrealistisch klassifizieren (vgl. Pörtner 2020), dann zeigt dies allen Akteuren, wie volatil die politischen Einschätzungen sind. Dennoch sind sie entscheidend für die (dann fehlende) Akzeptanz einschränkender Maßnahmen. Wer das Recht der Kinder auf „normalen Unterricht“ zum Thema macht, untergräbt damit die Autorität und Anerkennung aller praktischer Akteure vor Ort, die sich mit komplizierten Prozessen versuchen durch die Krise zu retten.

Fazit für die Verantwortlichen in Ganztagsschulen

1. Organisatorisch verantwortliche Konzepte für Präsenzunterricht und den Ganztag

Unabhängig von den formalen Auflagen der jeweiligen Rechtsverordnungen bedarf es einer klugen Hygiene- und Organisationskonzeption, um einen Präsenzunterricht in Corona-Zeiten zu gewährleisten, der den Bedürfnissen von Lehrer*innen, Schüler*innen, Elternschaft und externer Anspruchsgruppen gerecht wird.

2. Vorbereitung für digitale Unterrichtsanteile (bis zu 100%)

Da es immer wieder zu Schulschließungen kommen kann, ist der Plan B i. S. Inhalte, Organisationskonzept und Infrastruktur für digitalen Unterricht vorzuhalten. Besonders schutzbedürftige Schüler*innen müssen ja ohnehin auch während der Präsenzphasen digitale eingebunden werden und viele Ganztagsschulen sind in diesem Feld ja ohnehin aufgrund des Digitalpakts Schule aktiv (vgl. Jahreskongress des Ganztagschul-Verbandes 2019).

3. Konzepte für Schüler*innen mit besonderem Betreuungsbedarf während digitaler Phasen

Schüler*innen aus schwierigeren Umfeldern und Schüler*innen, denen persönlich der digitale Distanzunterricht sehr schwerfällt, müssen ein eigenes Angebot mit Unterstützungen vor Ort und ggf. auch Auszeiten aus dem problematischen familiären Kontext erhalten. Dieses Angebot ist gerade in Phasen mit wenig Präsenzunterricht oder ausschließlichem Fernunterricht aufrecht zu erhalten.

4. Austausch mit allen Anspruchsgruppen

Um die ersten drei Ziele erreichen zu können, bedarf es eines offenen und kontinuierlichen Austauschs mit den wesentlichen Anspruchsgruppen (Stakeholdern) der Schule. Hierfür ist eine robuste, krisenfeste Kommunikationsstruktur notwendig. In Hochphasen des Infektionsgeschehens lassen sich statt Präsenztreffen digitale Abstimmungsformate nutzen, um möglichst viele Partner einbinden zu können.

5. Wiederbelebung des Ganztagsgeschehens auch mit externen Partnern

In diesem Handlungsfeld liegt in einigen Bundesländern aufgrund der politischen Gegebenheiten ein enormes Defizit und Handlungspotenzial. Die Qualität von Ganztagschule hängt sehr stark von den Möglichkeiten ab, externe Partner mit einzubeziehen. Dieser Punkt bedarf einer positiven Klärung mit der Politik. Bei nach vollziehbaren Hygienekonzepten sollten externe Akteure sowohl in Phasen des Präsenz- als

auch in Phasen des Fernunterrichts auch verlässlich und sicher in den Schulalltag einbezogen werden können.

Quellen und weiterführende Literatur

ARD-DeutschlandTREND Mai 2020

Breyer-Mayländer, T. (2020): Interne und externe Schulkommunikation in der Corona-Krise: Erfahrungen und Empfehlungen für Krisenzeiten, in: Schulverwaltung Ausgabe Hessen, Rheinland-Pfalz, 25. Jg. 05/2020, S. 149-152

Breyer-Mayländer, T. (2020a): Öffentlichkeitsarbeit muss Werte und Emotionen vermitteln, in: Regenthal, G./Schütte, J. (Hrsg.) (2020): Öffentlichkeitsarbeit mach Schule, Wolters Kluwer Deutschland (Aktualisierungslieferung Nr. 25. März 2020), S. 55-62

Breyer-Mayländer, T. (2020b): Interne und externe Schulkommunikation in der Corona-Krise, in: Regenthal, G./Schütte, J. (Hrsg.) (2020): Öffentlichkeitsarbeit mach Schule, Wolters Kluwer Deutschland (Aktualisierungslieferung Nr. 26, Oktober 2020)

Bundesregierung und Bundesländer bei der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 17.06.2020 in Meseberg: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/meseberg/bund-laender-gespraech-1761312> (Jüngster Abruf: 19.06.2020)

Ebert, H./Fisiak, I. (2018): Modul 9: Krisenkommunikation, in: Ebert, H./Fisiak, I. (Hrsg.) (2018): Bürgerkommunikation auf Augenhöhe: Wie Behörden und öffentliche Verwaltung verständlich kommunizieren können, 3. Auflage, S. 273-286

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Erhebung durch infas; International Association for the Evaluation of Educational Achievement: Berufliche Orientierung: Berufs- und Studienwahl (BerO) 2020

Pörtner, R. (2020): Offener Koalitionsstreit über Schulöffnungen, in: Stuttgarter Zeitung 23.06.2020, S. 7

Rojkov, A. (2020): In Israel rollt die zweite Welle an, in: Spiegel Online, 20.06.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/corona-in-israel-die-zweite-welle-rollt-an-a-625b5acf-8223-4aa7-ae18-e0af93d71ec4>, (jüngster Abruf: 24.06.2020)

Stoldt, R. (2020): Bei Kindern weniger häufig Antikörper nachgewiesen, in: Stuttgarter-Zeitung.de, 16.06.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/studie-bei-kindern-weniger-haeufig-antikoerper-nachgewiesen-16817552.html>, (jüngster Abruf: 22.10.2020)

Vodafone Stiftung: Schule auf Distanz. Perspektiven und Empfehlungen für den neuen Schulalltag. Eine repräsentative Befragung von Lehrkräften in Deutschland, Mai 2020

Wößmann, L. (2020): Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die coronabedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können, in: IFO-Schnelldienst 6/2020, Mai 2020, Vorabdruck, S. 1-7

ZDF-Politbarometer vom 12. Juni 2020

Prof. Dr. Thomas Breyer-Mayländer

Professor für Medienmanagement, Hochschule Offenburg, Leiter Steinbeis-Beratungszentrum „Leadership in Science and Education“, Vorstandsmitglied der Bildungsregion Ortenau (BRO)

Beate Ritter